

Nopper & vom Schloß
- Rechtsanwälte -
Lucas-Cranach-Straße 6
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel.: 0 34 91 – 876 11 00

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

im Zuge der Erfassung Ihrer personenbezogenen und zu verarbeitenden Daten für eine ordnungsgemäße und sachgerechte Mandatsbearbeitung dürfen wir noch die folgenden Hinweise erteilen:

1.

Wir weisen darauf hin, dass **jede** anwaltliche Tätigkeit gebührenpflichtig ist und mit der Beauftragung zu anwaltlicher Tätigkeit ein Dienstvertrag geschlossen wird, dessen Leistungen nach den Vorschriften des RVG (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz) oder einer gesondert zu schließenden Honorarvereinbarung zu vergüten sind.

Bei einer Beratungsleistung ist nur die Beratung als solche vergütungspflichtig, für eine Erstberatung sind bis zu 190 € netto, für eine weitere und folgende Beratung insgesamt max. 250 € netto zu zahlen, für jede weitere Beratung sind entsprechende Vereinbarungen zu schließen.

2.

Wir sind verpflichtet, einen Wertgebührenhinweis zu erteilen:

Dieser Verpflichtung nachkommend weisen wir Sie hiermit vor Annahme eines Auftrages/Mandates explizit darauf hin, dass die entstehenden Gebühren in zivil- und arbeitsgerichtlichen Angelegenheiten für die Beauftragung von Leistungen eines Anwaltes sich nach dem Gegenstandswert richten, § 49 b Abs. 5 BRAO, und die Höhe der Gebühren sich aus dem RVG entnehmen lässt.

Sie bestätigen mit Ihrer Unterschrift auf dem Fragebogen ausdrücklich, diesen Wertgebührenhinweis erhalten und verstanden zu haben.

3.

Sofern der ursprünglich von Ihnen erteilte Auftrag sich erweitert, z.B. noch weitere Angelegenheiten anwaltlicher Tätigkeit unterfallen als ursprünglich beauftragt, sind auch diese mit entsprechenden Gebühren **zusätzlich** zu vergüten und **nicht** im Umfang und der Vergütung des ursprünglichen Auftrages enthalten.

Die insoweit dann ggf. weiter entstehenden Kosten sind ebenfalls von Ihnen zu tragen, Auskunft über die Höhe etwaiger Gebühren erteilen wir auf Nachfrage.

4.

Sollten es Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zulassen, die Kosten der Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung zu bezahlen, steht Ihnen unter bestimmten Umständen gegen die Staatskasse ein Anspruch auf die Bewilligung von Verfahrenskosten-/Prozesskostenhilfe oder die Erteilung eines Beratungshilfeberechtigungsscheines für die Inanspruchnahme einer Beratung zu.

Ich habe nach § 8a Abs. 4 BerHG folgenden Hinweis erhalten:

Wird die Bewilligung der Beratungshilfe von meiner Rechtsanwältin/meinem Rechtsanwalt nachträglich bei Gericht beantragt und wird der Antrag abgelehnt, bin ich verpflichtet, die Gebühren nach den Vorschriften des RVG zu zahlen. Es können Gebühren entstehen, die nach dem Gegenstandswert abgerechnet werden.

Ich bin darüber belehrt, dass das Gericht die Bewilligung aufheben kann, wenn die Voraussetzungen für die Beratungshilfe zum Zeitpunkt der Bewilligung nicht vorgelegen haben und seit der Bewilligung nicht mehr als ein Jahr vergangen ist.

Ich wurde nach § 6a Abs. 2 Nr. 2 BerHG von meinem Rechtsanwalt als zuständiger Beratungsperson auf Folgendes hingewiesen:

Mein Rechtsanwalt kann die Aufhebung der Bewilligung beantragen, wenn ich in der Beratungshilfesache etwas erlangt habe, das meine wirtschaftliche Lage verbessert. Im Fall der Aufhebung bin ich verpflichtet, die Vergütung des Rechtsanwalts nach den allgemeinen Vorschriften des RVG zu zahlen.

Für die Bewilligung von **Verfahrenskosten-/Prozesskostenhilfe** ist es unabdingbare Voraussetzung, einen Vordruck auszufüllen. Bitte beachten Sie, dass nur das sorgfältige Ausfüllen und die Beifügung der geforderten Belege eine Gewähr bieten, dass der Verfahrenskosten-/Prozesskostenhilfeantrag auch entsprechend vom Gericht bearbeitet wird!

Zum Vordruck gibt es Ausfüllhinweise und eine Belehrung, die Sie bitte sorgsam durchlesen wollen. Aus dieser ergibt sich, dass die Verfahrenskosten-/Prozesskostenhilfe nur die Kosten des Ihnen beigeordneten Anwaltes (also Ihres Anwaltes) und sämtliche Gerichtskosten abdeckt, **nicht** hingegen im Falle des Unterliegens die Kosten der gegnerischen Bevollmächtigten.

Wenn das Gericht in Ihrem Fall Verfahrenskosten-/Prozesskostenhilfe bewilligt, bedeutet dies, dass Ihnen die Verfahrens-/Prozesskosten entweder ganz vom Staat bezahlt werden oder aber, nach Ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen, entsprechende Raten zu zahlen sind. Maximal haben Sie 48 Monatsraten zu zahlen, wobei Ihnen die Landeskasse rechtzeitig mitteilt, ob die angefallenen Verfahrens- bzw. Prozesskosten durch die gegebenenfalls festgesetzte Ratenzahlung gedeckt sind.

Es erfolgt ferner der Hinweis, dass die Bewilligung von Prozess- bzw. Verfahrenskostenhilfe widerrufen werden kann, wenn sich die Unrichtigkeit der Ihnen gemachten Angaben zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen herausstellt.

5. Hinweise zur Datenverarbeitung

5.1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Rechtsanwälte Nopper & vom Schloß, Rechtsanwalt Stefan Nopper, Lucas-Cranach-Straße 6, 06886 Lutherstadt Wittenberg

5.2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname, Geburtsdatum, Familienstand,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

5.3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

5.4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5.5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@nopper-vomschloss.de.

**Rechtsanwalt
Stefan Nopper**
Lucas-Cranach-Str. 6
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel. 03491/876 11 00

**Rechtsanwalt
Torsten vom Schloß**
Robert-Koch-Straße 18
06917 Jessen
Tel. 03537/21 49 00